

Rede Manfred Krause zur Leitentscheidung RR Düsseldorf, Dezember 2020

Der weltweite CO₂-Ausstoß und die Erderwärmung ist auch nach dem Pariser Klimaschutzabkommen 2016 kontinuierlich gestiegen. 2019 ist das bisherige historische Rekordjahr mit einem Ausstoß von 59 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalenten (5% mehr als 2015).

Der Planet Erde heizt sich weiter auf.

Die meteorologische Weltorganisation nimmt an, dass 2024 das 1,5 Grad Celsius Ziel übertroffen wird und wenn es so weiter geht, haben wir 4 Grad Celsius plus am Ende des Jahrhunderts. Der Planet wird auch bei uns unbewohnbarer.

Hauptgrund für das Desaster: Die weitere Nutzung und Finanzierung von fossilen Energien. Aber natürlich gibt es Gegenbewegungen: Die EU erhöht ihr Klimaziel auf 55 % Reduzierung CO₂ bis 2030.

Wir hatten die Diskussion um das Kohleausstiegsgesetz, um den Erhalt des Hambacher Waldes – vielen ist klar, dass auch die deutschen Klimaschutzziele angepasst werden müssen. Von daher forderten 11 der 16 Landesumweltminister*innen vor einem Monat, dass der Zielwert für die Treibhausgasminderung auf 65 % angehoben werden und dass vor allem der Ausstieg aus der Kohleverstromung auf das Jahr 2030 vorgezogen werden müsse (NRW zählte leider nicht dazu).

Dies ist die Messlatte, der sich die Leitentscheidung nach unserem Erachten stellen muss. Deshalb hat unsere Stellungnahme zur Leitentscheidung klar formuliert, was und wohin wir wollen:

- unabhängige Überprüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit von Garzeiler II und des Braunkohleabbaus, wie es das Landesplanungsgesetz vorschreibt
- obligatorische regelmäßige Überprüfungen des weiteren Kohleabbaus, wie von der Kohlekommission vorgeschlagen
- Erhalt der zur Abgrabung vorgesehenen Dörfer Keyenberg, Kuckum, Berverath, Ober- und Unterwestrich

Es kann nicht sein, dass der Abbau in Inden vorzeitig beendet wird, damit die genannten Dörfer abgebrochen werden, wertvolles Ackerland verloren geht und Menschen ihre Heimat verlieren. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass es ein Skandal ist, dass das Bundeswirtschaftsministerium ein Gutachten des renommierten Büros BET und EY ein Jahr lang unter Verschluss hielt und in dem die Gutachter zu der Schlussfolgerung kommen, dass die genannten Dörfer erhalten werden können.

Jetzt wird auch klar, wieso die Leitentscheidung keine eigene Beurteilung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Braunkohleabbaus vornimmt und wieso die Bundesregierung gesetzlich vorschreibt, Garzeiler II bis zum Ende abzubauen.

- Aufgabe der Planung für die A 61
- Existierende Waldflächen im Bereich Hambach erhalten und miteinander verbinden

Die von der Bezirksregierung vorgelegte Stellungnahme, sowie das Überraschungspapier, bzw. der Antrag von gestern (immerhin keine Tischvorlage) der Fraktionen von CDU / SPD / FDP ist merkwürdig blass. Dem vorgegangenen Antrag der SPD fehlte jedoch jegliche ökologische Reflexion; das wurde jetzt im geringfügig geänderten Antrag angereichert.

Aber eigenständige, klare Forderungen? – Fehlanzeige, sondern breiter Konsens bis zur SPD Regionalratsfraktion zur Unterstützung der von der Landesregierung vorgelegten Leitentscheidung. Da sind andere Gebietskörperschaften oder gesellschaftliche Organisationen schon mutiger.

Die Stadt Mönchengladbach bezweifelt in deutlichen Worten, dass die bislang gebildeten Rückstellungen beim Bergbautreibenden ausreichen und fordert ein finanzpolitisches Monitoring mit einer umfassenden Risikoinventur. Beschlossene Braunkohlepläne müssten durch Zielabweichungsverfahren geändert werden. Erneut werden Revisionsklauseln eingefordert.

Tagebaugenehmigungen dürfe es nur in zeitlichen Abschnitten geben, die an die Überprüfung energiepolitischer Notwendigkeiten gebunden sein müssten.

Und auch dem Ortsteil Wanlo müsste ein 500 m Abstand zum Tagebau zugestanden werden.

Der Jülicher Superintendent der evangelischen Kirche geht noch weiter:

- die Inanspruchnahme der außergewöhnlich wertvollen Böden muss im Bereich Garzweiler II auf das absolute Minimum reduziert werden
- auf weitere Zerstörung und Zwangsräumungen von Siedlungen soll verzichtet werden; ein Abriss- und Umsiedlungsmoratorium könne begleitet durch eine Verlangsamung und die ja auch in der Leitentscheidung angesprochene Verschwenkung der Tagebauaktivitäten nach Südwesten den Erhalt der Dörfer Keyenberg, Kuckum, Berverath, Ober- und Unterwestrich sicherstellen

Sein Fazit, dem ich mich anschließen möchte:

„Mit der vollen Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler werden noch ca. 25 Quadratkilometer wertvollste Ackerflächen und wertvolle Kulturdenkmäler zerstört. Das ist nicht mehr zeitgemäß im 21. Jahrhundert und einer kreativen Industrienation nicht würdig.“

„Ich bitte Sie, sich unserer Stellungnahme anzuschließen!“

